

### Pro Und Kontra Für Einen Eu-Beitritt Der Türkei

Türkiye'nin Avrupa Birliğine Katılımı: Olumlu ve Olumsuz Görüşler

Supporters and antagonists of Turkey's participation in EU

#### Zusammenfassung

Die Höhe des Entwicklungsstandes in Europa, die Überlegenheit in Technologie, Wissenschaft und Menschenrechte sind wichtige Anzeiger, die Europa anziehend zeigen. Aufgrund des starken Wunsches der Türkei diese Anzeiger zu erreichen, ist die Türkei seit ungefähr 150 Jahren im Europäisierungsbestreben. Aber die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU sind im Allgemeinen sehr wechselhaft und schwankend. Sowohl inner- als auch außerhalb der Türkei werden zu einem eventuellen EU-Beitritt verschiedene Meinungen geäußert. Ziel dieses Artikels ist, dass die Argumente der Befürworter und der Gegner des EU-Beitrittsprozesses der Türkei untersuchen. Die Befürworter sehen den Beitrittsprozess als eine große Herausforderung mit vielen Vorteilen für die EU, die Kontroversen verteidigen dagegen, dass die Grenzen der Erweiterung überschritten werden.

#### Öz

Teknolojide üstünlük ve bilim ve insan hakları konularında Avrupa'nın yüksek gelişmişlik seviyesi Avrupayı cazip kılmaktadır. Türkiye Avrupa Birliği hedefine ulaşma noktasında gösterdiği güçlü arzu nedeniyle, 150 yıldır Avrupalılaşıma çabası içindedir. Ancak Türkiye ile AB arasındaki ilişkiler genellikle çok değişkendir ve istikrarsızdır. Hem Türkiye'nin içinden hem de Türkiye dışında Türkiye'nin Avrupa Birliğine katılımı konusunda çok farklı görüşler dile getirilmiştir. Bu makalenin amacı da, Türkiye'nin AB üyelik sürecinin taraftarlarının ve muhaliflerinin argümanlarını incelemektir. AB'ye katılım sürecini destekleyenler süreci, AB'ye birçok fayda saylayacak bir fırsat olarak görmektedirler. AB'ye katılım sürecini desteklemeyenler ise bu durumun AB'nin sınırlarını kapasitesinin aşacağını savunmaktadırlar.

#### Abstract

High level of development in Europe, their superiority in technology, science and human rights are important indicators make Europe attractive. Because of the desire to achieve these indicators, Turkey has made an endeavor to Europeanization since approximately 150 years. But relations with the European Union and Turkey followed by a variable and fluctuating in general. Many more opinions are declared on Turkey's possible participation in European Union both within Turkey and outside Turkey. The purpose of this article is to examine the arguments of those who are against Turkey's European Union membership and supporters. While the supporters of Turkey's European Union membership consider the membership process as a great opportunity with many advantages, antagonists of the membership process argue that the extension capacity of the European Union has been exceeded.

#### Einleitung

Die Frage nach dem Beitritt der Türkei in die EU wird immer noch kontrovers diskutiert. Die Gegner behaupten, dass der Türkei-Beitritt zu einem Abgrund für Europa führen würde, wogegen die Befürworter meinen, dass ein Beitritt der Türkei zum Wohl Europas beitragen würde (vgl. König/Sicking 2005: 9).

Es fällt sehr schwer, sich für oder gegen den Beitritt auszusprechen. Wer Europa wirtschaftlich und soziokulturell „vertiefen“ will, den werden die Armut der Türkei, ihre künftige



**Nihat Yılmaz**

Assoc. Doc., Gumushane Universität,  
Wirtschafts- und Verwaltungs-  
wissenschaften, Politikwissenschaft  
und öffentliche Verwaltung,  
nihatts@hotmail.de

**Artikeltyp / Article Type / Makale Türü**  
Kompilation / Review / Derleme

#### Schlüsselwörter

Die Europäische Union und die Türkei,  
Befürworter für einen EU-Beitritt der Türkei,  
Kontroversen für eine EU-Mitgliedschaft der  
Türkei

#### Anahtar Kelimeler

Avrupa Birliği ve Türkiye, Türkiye'nin  
Avrupa Birliğine Katılımını Destekleyenler,  
Türkiye'nin Avrupa Birliğine Katılmına Karşı  
Olanlar

#### Keywords

The EU and Turkey, Supporters of Turkey's  
participation in EU, Antagonists of Turkey's  
participation in EU

**JEL:** N40, N43

#### Information

\* Dieser Artikel basiert auf den  
Forschungsergebnissen zu einer  
unveröffentlichten Dissertation über die  
Demokratieförderungspolitik der EU und die  
Entwicklung der Demokratie in der Türkei.

Submitted: 30 / 12 / 2017

Revised: 21 / 02 / 2018

Accepted: 01 / 03 / 2018

Bevölkerungsgröße, das kleinasiatische Demokratiekolorit, die unterstellte Alterität des Islam und nicht zuletzt mögliche Anrainerkonflikte eher bedenklich stimmen. Wer hingegen „erweitern“ möchte, dem werden die Möglichkeiten der türkischen Schwellenökonomie, islamische Demokratievarianten, eine große Zahl neuer und junger EU-Bürger, die Brücke nach Zentralasien und ins Zweistromland Zutrauen geben (vgl. Leggewie 2004: 17).

Diese Arbeit verfolgt die Absicht, der Meinungsstreit der Befürworter und Gegner des EU-Beitritts der Türkei zu erörtern. In der unten stehenden Tabelle werden die häufigsten Streitpunkte der Verhandlungen mit der Türkei aufgezeigt. Diese Darstellung soll dazu dienen, sich einen guten und vollständigen Überblick über die kursierenden Argumente zu verschaffen.

**Tabelle 1. Hauptargumente im Streit um die EU-Mitgliedschaft der Türkei**

Pro	Kontra
Dynamik der Wirtschaftsunion	unaufholbarer Rückstand, übermäßige Anpassungskosten
Bevölkerungszahl im Verhältnis Zum Binnenmarkt (Marktmacht)	Bevölkerungszahl im Verhältnis zu den EU-Institutionen (Mehrheiten)
Modell der Versöhnung von Islam und Demokratie	Politischer Islam, Übergreifen in die Diaspora
Brücke Orient-Okzident	Zusammenprallen der Kulturen
Identitätserweiterung der EU	Identitätsbruch der EU
Pazifizierung der Region	Sicherheitsrisiko

Quelle: (Leggewie, 2004: 17)

Im Folgenden werden die wichtigsten Argumente für und gegen den EU-Beitritt der Türkei erläutert.

### 1. Die geographische Lage der Türkei

Es ist nicht leicht, die Grenzen Europas festzulegen. Die unzuverlässige geografische Lage ist es, die eine eindeutige Antwort auf diese Frage erschwert, da zumindest für den Osten nicht eindeutig feststeht, wo sich die Grenze des europäischen Kontinents befindet.

Ein Argument der Beitrittsgegner ist, dass die geographische Lage der Türkei ein Problem darstellt, da der größte Teil ihres Territoriums sich nicht in Europa, sondern in Asien befindet. Bei einer Aufnahme der Türkei in die EU würde sich aus der europäischen Union eine eurasische Union entwickeln. Des Weiteren ist die Türkei ein kleinasiatischer Staat, der an die Grenze des geographischen Europas fällt. Darüber hinaus ist die Türkei ein stark vom Islam geprägtes Land, was mit Blick auf die große politische Einheit Europas bei einer Aufnahme zu Konflikten führen kann (vgl. Wehler 2005: 54).

Die Befürworter argumentieren hingegen, dass der griechische Teil Zyperns, welcher sich ebenfalls weit im östlichen Mittelmeer befindet und dessen Hauptstadt Nikosia zugleich Hunderte von Kilometern östlich von Istanbul liegt, seit dem 1. Mai 2004 trotzdem zur EU gehört (vgl. Stratenschulte 2007: 2). Die Türkei besitzt eine sehr ähnliche geographische Lage wie Zypern.

Ein weiteres Argument der Befürworter ist, dass ehemalige EU-Vertreter hinter ihren Versprechungen stehen müssen. Bereits im Jahr 1963, namentlich im Ankara-Abkommen, wurde die Türkei offiziell als ein europäisches Land bezeichnet und ihr die EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt (Keskin 2005: 65). „Diejenigen EU-Vertreter, die 1963 mit der Türkei das Abkommen paraphierten, wussten sicherlich auch damals bereits, wo die Türkei liegt.“ Die Kritiker des EU-Beitritts nehmen dieses Argument zwar ernst. Sie weisen aber darauf hin, dass die Zusicherung unter ganz anderen historischen Umständen gegeben wurde und sich im Grunde nur auf ökonomische Interessen bezog (vgl. König/Sicking 2005: 13).

### 2. Migration und Integration

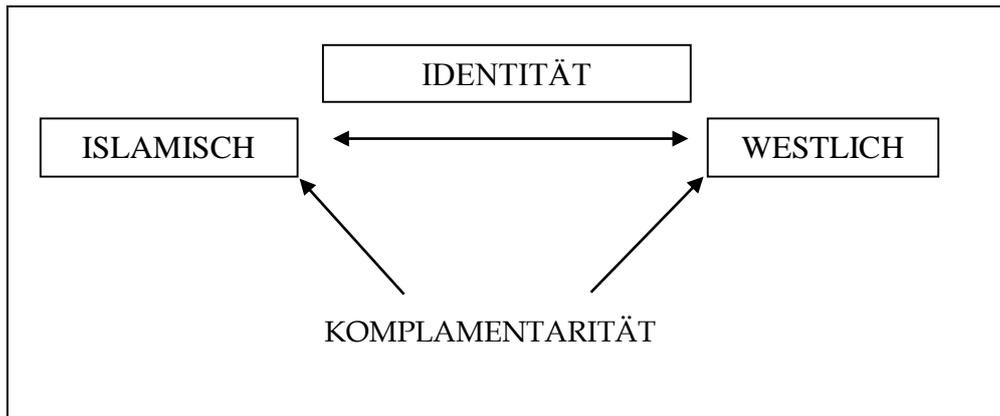
Andere umstrittene Aspekte des Türkei-Beitritts in die EU stellen die Migration und die Integration dar. Der Beitritt würde eine starke Zuwanderung türkischer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt der EU zur Folge haben. Es droht eine Völkerwanderung. Die Armut Anatoliens verschärft das Migrationsproblem. Die hohe Bevölkerung der Türkei und die hohe Geburtenrate

stellen andere Angstquellen dar, insbesondere vor einer kulturellen Überfremdung der europäischen Gesellschaft (vgl. Keskin 2005: 64).

Die Meinung der Befürworter ist aber eine ganz andere. Durch die EU-Mitgliedschaft wird neuen Mitgliedern das Potenzial neuer Arbeitsplätze durch Investoren geschaffen. In der Türkei wird das nicht anders sein. Schon mit Beginn der Beitrittsverhandlungen dürfen die Investitionen dort ganz erheblich zunehmen. Somit wäre der Migrationsdruck aus der Türkei in die EU und nach Deutschland ganz erheblich gedämpft (vgl. Keskin 2006: 82).

### 3. Religion und Kultur

99 % der türkischen Bevölkerung sind Muslime. Dennoch herrscht in der Türkischen Republik eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion.



**Form 1. Religion und Kultur**

Quelle: (Özertan, 1990: 211)

„Unter Berücksichtigung der identitären Gesamtentwicklung heißt das, dass die Identität der türkischen Gesellschaft aus zwei Identitätsfacetten besteht: aus einer islamisch und einer europäisch geprägten (Özertan 1990: 203).“

Die Beitrittsgegner bestehen auf ihrer Meinung, dass die EU grundsätzlich auf einer christlich geprägten Gemeinschaft beruht und die Türkei mit ihrer islamischen Bevölkerungsmehrheit diesem Grundsatz widersprechen würde. Infolgedessen herrscht die Befürchtung, dass ein islamisches Land die auf einer christlichen Kultur basierende Identität zerstören könnte (vgl. Özertan 1990: 64).

Die Befürworter erwiderten der gegnerischen Partei, dass die EU kein „Christenclub“ sei, sondern eine Gemeinschaft der kulturellen, sprachlichen und religiösen Vielfalt. Darüber hinaus wird angedeutet, dass die Türkei ein Staat sei, der die Trennung zwischen Staat und Religion vollzogen und dies als einen unveränderlichen Grundpfeiler in der Verfassung verankert hat (vgl. ebd.: 70). Hinzu kommt, dass das Osmanische Reich als Vielvölkerstaat, im Gegensatz zum damaligen Europa, eine große religiöse Toleranz vorwies. Christen blieben Christen, auch wenn sie zu Bediensteten des Sultans wurden. Dem Patriarchat der orthodoxen Christen wurde der Sitz in der Hauptstadt eines muslimischen Weltreichs nicht verwehrt. Nicht zu vergessen ist, dass der Sultan Beyazid II. 1492 die spanischen Juden, die von der Inquisition bedroht wurden, in sein Reich aufnahm (vgl. Güsten/Seibert 2007: 9-15).

Im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden gibt es in Deutschland proportional gesehen weniger Muslime. Andererseits aber ist Deutschland das Land, in dem vor allem die türkischen Muslime den „Euro-Islam“ perfektionieren. Der Euro-Islam hat nichts mit der Unionswährung Euro zu tun. Das ist eine europäische Weiterführung eines Systems, welches in der Türkei verankert ist. Die Gläubigen leben ohne jegliche Probleme und Verstöße gegen die demokratischen und die pluralistischen Strukturen im Frieden mit sich und mit der Urgesellschaft zusammen (vgl. Güngör 2004: 34-40).

Im Vergleich zu den anderen islamischen Ländern ist die Türkei dank des Laizismus ein einzigartiges Modell für alle anderen islamischen Länder geworden, da sie das Vorbild der

---

islamischen Demokratie repräsentiert. Andere muslimische Staaten werden von Königshäusern oder Diktatoren regiert. Dies stellt natürlich einen weiteren Grund für den Beitritt in die EU dar (vgl., ebd.).

Die EU ist ein globales, zukunftsgerichtetes Modell einer offenen und multikulturellen Gesellschaft. Ihr Verdienst sollte nicht nur darin bestehen, den Wohlstand und den sozialen Frieden ihrer Bevölkerung zu sichern und zu steigern, sondern auch zum Prozess eines engen Dialogs und Austausches mit anderen Religionen und Kulturen und somit zum Frieden weltweit aktiv beizutragen. In diesem Sinne ist die EU-Mitgliedschaft der Türkei für ein solches Projekt bestens geeignet (vgl. Keskin 2006: 78).

#### **4. Geostrategische Lage**

Die Türkei liegt in einer sehr verworrenen Lage (an der Kreuzung von Balkan, Zentralasien, Mittlerem Osten und dem Mittelmeerraum). Dies erschwert die Annahme einer für Europa strategisch bedeutenden Lage der Türkei (vgl. Seeber/Mast 2006: 196ff.).

Die Kontrahenten behaupten, dass die Türkei nicht in der Lage sei, eine Brückenfunktion zwischen der EU und Asien einzunehmen. Für die europäische Seite gelte diese Brückenfunktion vielleicht, aber nicht für die islamischen Länder, für welche die Türkei zu sehr auf der Seite Israels und somit des Westens stehe, als dass sie für sie als verlässlicher Partner in Frage käme (vgl. Witzens 2004: 24).

Ein weiteres Problem stellt für die Beitrittsgegner die Tatsache dar, dass durch den Türkei-Beitritt die EU schließlich den gefährlichen Krisenregionen näher kommen würde. Natürlich stellt sich die Frage, weshalb die EU sich freiwillig Nachbarn anlegen sollte wie den chaotischen Irak, die syrische Diktatur, die iranische Theokratie und erodierende Staaten wie Georgien und Armenien (vgl. Wehler 2005: 56ff.).

Die Befürworter dagegen unterstreichen die Bedeutung eines Beitritts, da die Türkei ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Nahen und Mittleren Osten darstellt und zugleich eine Brücke zum Islam. Im Falle einer Bedrohung, wie der des „Kampfes der Kulturen“ und der Zivilisationen, müsste die Türkei eine Vermittlerposition einnehmen. Nur so kann weltweit mehr Sicherheit, mehr Frieden, mehr Verständigung und mehr Zusammenarbeit zwischen vermeintlich gegensätzlichen Positionen in den islamischen und christlichen Ländern gestiftet werden. Mit ihrer geographischen und geopolitischen Lage ist die Türkei eine Brücke zwischen den Kontinenten Europa und Asien. In ihrer Rolle als Stabilitäts- und Machtfaktor im Nahen Osten ist sie auf besonderer Weise unverzichtbar (vgl. Pamir 2001: 31).

Die ausgeprägten Beziehungen zu den Nachbarstaaten (in den unmittelbaren Krisenregionen, vor allem im Nahen und Mittleren Osten) haben sich vor allem unter der Erdogan-Regierung in den letzten Jahren erheblich verbessert (vgl. Öcal 2006: 240).

Die Türkei verfügt über ein enormes Erfahrungspotenzial bei der Beteiligung an internationaler Friedenspolitik und leistet seit langem ihre Beiträge bei den Friedensmaßnahmen der UNO im Kosovo und in Afghanistan sowie bei den NATO-Missionen KFOR (Kosovo Force) und SFOR (Stabilisation Force) (vgl., ebd.: 249).

Des Weiteren verweisen Befürworter des Türkeibeitritts auf die Vorteile, die der Beitritt der Türkei für die Energiepolitik mit sich bringt. Allein das Nabucco-Projekt ordnet der Türkei sehr große energiestrategische Bedeutung zu. Die Pipeline Nabucco wird ab dem Jahr 2011 Erdgas aus Zentralasien über die Türkei in die EU fördern und somit die Abhängigkeit der EU von russischen Gasleitungen reduzieren. Insgesamt rund 30 % des Erdgasbedarfs Europas werden von Russland abgedeckt (vgl. Pamir 2001: 31).

Trotz aller Schwierigkeiten im EU-Beitrittsprozess hat die Türkei bereits heute eine wichtige und herausragende strategische Bedeutung für die gesamte Europäische Union. Daher wäre der Verzicht auf die Türkei als Mitglied der EU unter Berücksichtigung aller Vorteile ein sehr hoher Verlust (vgl. C.A.P.: 2009).

---

Die EU wird sich künftig mit dem Thema der Energieversorgung intensiv beschäftigen müssen. Denn ohne Energiegüter würde nicht nur Europa, sondern der ganze Westen in eine gefährliche Lage gestürzt werden (vgl. Sieck/Rüdiger 2005: 41).

### **5. Kemalismus und Militär**

Am 30. Oktober 1924 schickte er der Armee und denjenigen Korps-Kommandeuren, die gleichzeitig auch Abgeordnete waren, ein Telegramm, in dem geschrieben stand, dass diese als Abgeordnete bleiben können, aber ihren Wehrdienst abtreten sollen (vgl. Çeçen 1998: 34).

Die Gegner der Vollmitgliedschaft sind der Meinung, dass der Einfluss des Militärs, das sich als Hüter der kemalistischen Ideologie betrachtet, auf die türkische Demokratie und die Politik zu stark sei. Das Militär putschte in den Jahren 1960, 1971 und 1980 die Regierungsgewalt und zwang im Jahr 1997 den damaligen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan zum Rücktritt (vgl. Güsten/Seibert: 27-32). Zur Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft genügt der Kemalismus nicht. Atatürks Republik der Einparteienherrschaft stellte keine Demokratie westlicher Prägung dar. Die daraus entstandenen Defizite wie kränkelnde Parteien, mangelnde Achtung der Menschenrechte und der Minderheiten sowie die dominierende Stellung des Militärs schleppt die Türkei noch heute mit sich (vgl. Zlepko 2009: 114).

Befürworter hingegen argumentieren damit, dass das Militär Schritt für Schritt entmachtet würde. Das kann als Schritt zu einer türkischen Zivilgesellschaft unstrittig begrüßt werden. Die Militärputsche dürfen nicht als Machtinteresse türkischer Generäle gedeutet werden. Denn nachdem das Militär das Land regierte, gab es die Regierungsgewalt stets wieder an zivile Institutionen zurück (vgl. Wehler 2005: 52).

### **6. Argumente zu den Kosten und wirtschaftliche Aspekte**

Ein weiteres Argument der Beitrittsgegner ist, dass die Türkei sowohl reich als auch arm ist. Unter diesen Umständen würde sich die EU durch den EU-Beitritt der Türkei einige Schwierigkeiten einhandeln (König/Sicking 2005: 9-14). Laut Berechnungen wird die Türkei in den kommenden zehn Jahren mehr Einwohner haben wie die zehn neuen EU-Staaten zusammen. Demnach müssten jedes Jahr zwischen 16,5 und 27,5 Milliarden Euro in die Türkei fließen. Es gäbe jedoch keinen erwähnenswerten Rückfluss durch eine verstärkte Ausfuhr, da die Türkei schon seit langer Zeit, unter anderem durch die Zollunion, mit eingeschlossen ist (vgl. F.A.Z.: 2009). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Türkei lag Ende 2003 umgerechnet in US-Dollar bei etwa 60 %, was dem Bruttoinlandsprodukt von Polen entsprach. Trotzdem lässt sich der Eindruck einer armen Türkei nicht vermeiden. Das Pro-Kopf-Einkommen ist sehr niedrig, die Lebenserwartung geringer als in Europa und die Kindersterblichkeit höher (Güsten und Seibert: 98). Unter diesen Umständen wäre der Beitritt der Türkei eine finanzielle Belastung für die EU (vgl. König/Sicking: 9-14). Die Türkei zeigt bedeutende wirtschaftliche Schwächen. Das Wirtschaftswachstum hat die Türkei auf Kosten hoher Staatsverschuldungen herbeigeführt und zudem einer hohen Inflationsrate und dem Wachstum der Schattenwirtschaft zu verdanken (vgl. Wulf 2000: 49).

Diesen kritischen Ausführungen der Beitrittsgegner treten die Befürworter mit folgenden Argumenten entgegen. Sie entgegnen, dass die trag- und ausbaufähige Infrastruktur sowie die Modernisierung des Dienstleistungssektors Stärken der türkischen Ökonomie seien. Dazu kämen die starken Erfahrungen mit der Marktwirtschaft (vgl., ebd.). Die türkische Wirtschaft hat den Übergang zur Zollunion in den wesentlichen Punkten schon bewältigt. Die Zollunion hat der EU hohe Exportzuwächse gebracht und die türkische Binnen- und Exportwirtschaft hat sich verbreitet. Es stimmt, dass die türkische Wirtschaft noch lange nicht das europäische Wirtschaftsniveau erreicht hat. Dazu müsste die Türkei technische Qualitätsmerkmale erfüllen, technische Handelshemmnisse beseitigen, die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs voranbringen, technische Vorschriften und Normen angleichen, Gesundheits- und Qualitätskontrollen einführen sowie die Gesetze zum Umwelt- und Verbraucherschutz dem europäischen Standard anpassen. Dynamik und Zielstrebigkeit der Türkei sprechen aber eindeutig für einen EU-Beitritt. Hohe Wachstumsraten mit einer sehr jungen und zunehmend besser ausgebildeten Bevölkerung

---

untermauern diese Ansicht. Die EU würde sich ungern solch einen wichtigen Partner, der eine Verbindung zwischen Europa und dem Nahosten herstellt, entgehen lassen (vgl. Wehler 2005: 49-56).

### 7. Argumente mit Blick auf die türkische Geschichte

Gegner des EU-Beitritts der Türkei argumentieren, dass das Osmanische Reich, als historischer Vorläufer der Türkei, bis ins 17. Jahrhundert von den Europäern zu Recht oder Unrecht als Erzfeind Europas und des Abendlandes angesehen wurde (vgl. Reinhard 2009). Europäische und osmanische Kultur und Gesinnung standen sich vollkommen entgegen. Weshalb sollte man also das Erbe des Osmanischen Reiches in die Union aufnehmen (König/Sicking 2005: 12)?

Beitrittsbefürworter bestreiten nicht, dass die Geschichte zur Klärung der Sachlage beitragen kann. Um auf diese Fragestellung eine verbindliche Antwort geben zu können, reiche dieser Aspekt allein jedoch nicht aus. Die Antwort auf die Frage nach den Grenzen Europas könne nur eine politische sein, wobei die aktuelle Zweckmäßigkeit wichtiger sei als die Geschichte. Es gilt: Zu Europa gehört, wer dazu gehören will (vgl. Reinhard 2009).

### 8. Stärkere Vertretung im EU-Parlament

Mit einer Einwohnerzahl von etwa 72 Millionen würde die Türkei zu den bevölkerungsreichsten Mitgliedern der EU gehören. Bei einer Mitgliedschaft würde sie über eine hohe Abgeordnetenzahl im Ministerrat verfügen. Der türkische Staat wäre also nach den derzeitigen Vorschriften mit 96 Abgeordneten so stark vertreten wie die Bundesrepublik Deutschland im Parlament. Wenn man bedenkt, zu welch hitzigen Debatten die Aufgabe der seit den Römischen Verträgen bestehenden Parität zwischen Deutschland und Frankreich trotz enger deutsch-französischer Beziehungen geführt hat, kann man sich fragen, wie es mit einer absoluten türkischen Vorherrschaft aussähe (vgl. Goulard 2006: 62).

**Tabelle 2. Vertretung im EU-Parlament**

	Deutschland	Frankreich	Italien	Türkei
2005	82,5	60,7	57,2	73,3
2020	82,5	63,6	54,2	85,7
2050	79	64,2	44,9	97,8

Quelle: (Goulard, 2006: 62)

Laut der Gegnerfraktion im Straßburger Parlament wäre die Türkei auch zugleich der größte EU-Staat in der Union und würde dementsprechend mehr Anspruch erheben auf eine politische Sonderrolle oder auf eine finanzielle Sonderzuweisung. Dies sind die Bedenken der heutigen EU-Staaten (vgl. Wehler 2005: 55).

### 9. Die Auffassungen in der Türkei über den EU-Beitritt

Außerhalb der Türkei findet man Befürworter und Gegner aus den verschiedensten Lagern (SPÖ dagegen, SPD dafür). In der EU steht die Mehrheit der Bevölkerung einem Türkeibeitritt äußerst skeptisch gegenüber, es gibt noch sehr viele Vorurteile. Wachsende soziale Probleme werden immer mehr zum Nährboden, auf dem nationalistische, rassistische und christlich-fundamentalistische Stimmung gemacht wird. Auch nicht-rechtsextreme bürgerliche Parteien – wie die deutsche CDU und die österreichische SPÖ – schüren Vorurteile. Die CDU hat Unterschriften gegen einen Türkei-Beitritt gesammelt, denen sich die neo-faschistische NPD und DVU sofort angeschlossen haben (vgl. SLP 2010).

Das Thema Europa scheint innerhalb der Türkei auf den ersten Blick keine großen Kontroversen aufzuwerfen, denn 65–70 % Prozent der türkischen Bevölkerung sprechen sich für einen EU-Beitritt der Türkei aus. Aber der Großteil der türkischen Bevölkerung ist nur sehr wenig über die EU informiert; man erhofft von der türkischen EU-Mitgliedschaft mehr Wohlstand, mehr Demokratie und mehr Freiheit. Dass die EU-Mitgliedschaft auch mit einem massiven Verzicht auf Souveränität verbunden ist, wird aber verkannt. Denn die Türkei müsste im Falle eines Beitritts ohne

Widerspruch zahllose Regelungen akzeptieren, die tief in die Politik, Wirtschaft, Administration und Gesellschaft eingreifen. Am Anfang der Beitrittsbemühungen war diese Zustimmung noch nicht so eindeutig. Vertreter des politischen Islam bezeichneten die Europäische Gemeinschaft als einen „Christlichen Klub“, türkische Nationalisten befürchteten eine Spaltung des Landes, für die Linke war die Gemeinschaft ein Zentrum des Imperialismus. Die einzige türkische Partei, die seit jeher eindeutig Gegner der erforderlichen Reformen im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft war, ist die MHP, die Nationalistische Bewegung. Wenn die MHP künftig das Misstrauen gegenüber den Europäern propagiert, könnte sie eine Menge Unterstützung und Zulauf finden (vgl. Schönbohm 2010).

Die Elite hat Angst um ihre Privilegien, viele Generäle befürchten einen Verlust ihrer Machtposition, nationalistische Gruppen beschwören den Souveränitätsverlust und zitieren die Ehre der Türkei, wenn sie Kritik abwehren wollen. Derzeit sieht es so aus, als würde der EU-Beitritt noch lange im Vordergrund der türkischen Innenpolitik stehen (vgl. Zapf 2006: 184).

### **9.1. Befürworter**

Positive Stimmen hört man im Grunde aus allen Schichten der türkischen Bevölkerung. Man sieht den Kandidatenstatus, welcher der Türkei im Helsinki Gipfel verliehen wurde, als Beginn einer gänzlich neuen Ära. Die erhoffte Reformierung des Justizapparats sowie die Stärkung der Sozial- und Wirtschaftspolitik würden mit der Kandidatur schneller erfolgen. Die Türkei würde die Aufgaben, die sie in den letzten Jahren nicht erledigen konnte, mit den Auflagen der EU nun endlich nachholen. Das Wichtigste ist, dass sich das Profil des Politikers wandeln wird, da die Politik mit EU-Standards gestaltet wird.

EU-Befürworter der Türkei sehen in der Mitgliedschaft folgende Vorteile.

Vorteile für die Politik und Sicherheit:

- Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union wird den internationalen politischen Einfluss der Türkei steigern.
- Durch die Vollmitgliedschaft wird die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Türkei gestärkt.
- Die Vorbildrolle der Türkei für die Länder des Mittleren Ostens wird an Bedeutung gewinnen.
- Die türkische Demokratie wird auf einer solideren Grundlage stehen und somit tiefer verwurzelt.
- Die Einbeziehung der Türkei in die inneren Angelegenheiten der EU wird den Kampf gegen Terrorismus, Drogen und illegale Einwanderung stärken.

Wirtschaftliche Vorteile:

- Die Mitgliedschaft der EU wird es der Türkei ermöglichen, ihre ökonomischen Interessen auf internationaler Ebene leichter zu schützen.
- Die Anzahl der ausländischen Investitionen wird deutlich ansteigen, da eine Vollmitgliedschaft der Türkei sämtliche politischen, wirtschaftlichen und bürokratischen Hindernisse für ausländische Investitionen beseitigen wird.
- Die Vollmitgliedschaft wird sowohl die Wissenschaft als auch den technischen Fortschritt in der Türkei vorantreiben.
- Der landwirtschaftliche Sektor wird reformiert.
- Die Entwicklung des Tourismussektors in der Türkei wird noch größere Fortschritte machen.
- Eine nachhaltige Stabilität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird gesichert werden.
- Als Vollmitglied der EU wird die Türkei ihre ohnehin starke, wirtschaftliche Position in der Region noch weiter verfestigen.
- Die vollständige Liberalisierung der Märkte für Dienstleistungen und für das öffentliche Beschaffungswesen wird einen sehr großen Beitrag zur türkischen Wirtschaft leisten.

- 
- Die Einbeziehung der Türkei in die transeuropäischen Netzwerke wird viele Vorteile mit sich bringen, besonders im Telekommunikations-, Transport-, Energie- und Umweltbereich.

#### **9.1.1. Soziale Vorteile**

- Das europäische Sozialmodell wird in der Türkei eingeführt werden. Die Türkei würde sich an die Sozialpolitik der EU anpassen. Somit könnte die Errichtung eines finanziell nachhaltigen und umfangreichen Sozialsystems in der Türkei erleichtert werden.
- Es werden mehr Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen und die qualifizierte Ausbildung für türkische Bürger wird beachtlich steigen.
- Die justizielle und administrative Organisation der Türkei wird gefördert und die Restrukturierung vorangetrieben.
- Die Regionalpolitik der EU wird durch die Türkei übernommen, um regionale Unterschiede im Land zu verringern.
- Die Vollmitgliedschaft wird die nötigen Schritte vorantreiben, um die Umweltstandards im Land zu erhöhen (vgl. Botschaft der Republik Türkei 2010).

#### **9.2. Kontroversen**

Der Zypernkonflikt, die Armenienfrage und Sonderkonditionen, die allein der Türkei auferlegt werden, wie die „privilegierte Partnerschaft“, welche von der CDU vorgeschlagen wurde, sowie die ablehnende Haltung der Bevölkerung in einigen EU-Staaten haben auch in der Türkei die Diskussion über die EU-Mitgliedschaft erneut aufgeworfen. Diese Auseinandersetzung blieb nicht ohne Folgen. Sprachten sich noch Ende 2004 rund zwei Drittel der Bevölkerung für einen EU-Beitritt aus, so ging diese Zustimmung nach einer Umfrage vom Juni 2005 bis auf 55 % zurück (vgl. Keskin 2006: 90).

Eine repräsentative Erhebung des türkischen Ablegers des „Open Society Institute“ fand heraus, dass vor allem die Wähler der rechten „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), der islamistischen „Partei der Glückseligkeit“ (SP), die kemalistische Elite und viele linke Gruppierungen gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sind. Die Nationalisten und die Islamisten misstrauen Europa, weil es danach trachte, die Türkei aufzuteilen und den Islam auszulöschen. Die zentralistische Bürokratie und linke Globalisierungsgegner verwerfen den EU-Beitritt ebenfalls. Besonders die MHP und das nationalkonservative Spektrum vertreten die Meinung, dass es das Ende des türkischen Staates sei, wenn die Türkei alles tun würde, was die EU wünsche (vgl. Hermann 2010). Viele Türken betrachten die Abgabe nationaler Souveränität an supranationale Gremien als Unterwerfung (vgl. Schönbohm 2010).

Die Nationalkonservativen, die Kemalisten oder der politische Islam wurden Vorbehalte gegen den Westen in immer agitatorischerem Tonfall vorgetragen. Die EU mit ihrem Wunsch nach „Integration“ wurde hier verdächtigt, die Türkei übervorteilen zu wollen und zu Zugeständnissen in der Zypern- und Kurdenfrage zu bewegen. Sie habe zudem insgeheim ihr uraltes Vorhaben wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die Türkei spalten oder instabilisieren zu wollen. Überdies würden die Herrschenden in der Türkei dieses neo-imperialistische Vorhaben wieder unterstützen, entweder weil ihnen der politische Weitblick fehle oder sie Verrat im Schilde führten. Alle politisch-ideologischen Lager führten diese Kampagne in ihrem jeweiligen Jargon, beeinflussten sich dabei gegenseitig und tauschten Argumente aus. Man ließ Bilder von ohnmächtigen „Kollaborationsregierungen“ wieder aufleben, die in der Phase des Niedergangs des Osmanischen Reiches auf Hilfe aus dem Westen gesetzt hatten, und erweckte Assoziationen mit den wirtschaftlichen und rechtlichen Unterwerfungserklärungen der spätosmanischen Herrscher (vgl. Bora 2008: 72).

Die bürokratische Elite haben auf die strukturelle Reformen des EU-Anpassungsprozesses reagiert, weil sie den Bestand ihrer Privilegien nicht verlieren wollen (vgl., ebd.).

#### **9.2.1. Destabilisierung der nationalistischen Souveränität**

Die nationalistischen Zeitungen beurteilen zwar die historische Bedeutung des Beginns der Beitrittsgespräche allesamt positiv, bringen aber gleichzeitig Bedenken zu Wort und sprechen

---

Warnungen aus. Der 3. Oktober 2005 ist für die meisten Kommentatoren nicht mehr als ein weiterer Etappensieg in einem sehr langen Prozess. Kritik richtet sich vorrangig gegen die Christdemokraten, die Europäische Union und Österreich. Der Europäische Union fehle es generell an Visionen und dies bedeute, dass der „Mann EU“ krank sei. Der konservative Politikwissenschaftler Mim Kemal Öke stellt in einer seiner Kolumnen fest:

„Die EU hat noch immer nicht das aufgeblasene Ideal eines multikulturellen, pluralistischen Gesellschaftsmodells erreicht; sie verhält sich im Gegenteil wie ein Alzheimer-Patient, dessen Verstand über die Frage der Identität durcheinander geraten ist. Kurz: Die Europäische Union steht einer sich erneuernden Türkei wie als kranker Mann gegenüber“ (vgl. Spengler/Tröndle 2010).

Obwohl den Argumentationsketten der EU-Gegner ausnahmslos nationalistische Ressentiments zugrunde liegen und es ihnen an jeglichem Realitätssinn mangelt, kann diese unkomplizierte Argumentationsweise die türkische Regierung bedrohen, wenn sie im Verhandlungsprozess weitere zusätzliche Zugeständnisse an die EU machen sollte. Die MHP schaffte es, in Ankara mehrere zehntausend Menschen für eine Demonstration zusammenzubringen. Die AKP-Regierung geriet in die scharfe Kritik der nationalistischen Tageszeitungen, und ihren Protagonisten wurde der Ausverkauf des Landes vorgeworfen.

### **9.2.2. Und dann werden wir Christen**

Atila İlhan behauptet, dass die Bestrebungen der EU, die Türkei zu christianisieren, bis heute andauern. Der säkulare Literat skizzierte in einem Interview mit der islamistischen Zeitschrift „Gerçek Hayat“ die Geschichte der Missionierung der Türkei bis zu Henry Palmerston zurück, dem britischen Premierminister Mitte des 19. Jahrhunderts. Der muslimische Türke stelle für den Europäer die größte Gefahr dar. „Ihr Plan ist einfach: Sie teilen uns, und dann werden wir Christen (vgl. Kızılyaprak 2010).“

Die Bedenken der Islamisten gegenüber Europa gehen weiter. Nach Ahmet Taşgetiren, einem ihrer Vordenker, kenne die europäische Gesellschaft kaum mehr die Institution der Ehe. Außereheliche Beziehungen seien weit verbreitet. Für die türkische Gesellschaft seien freie geschlechtliche Beziehungen aber nicht akzeptabel (vgl., ebd.).

Die proislamische Nationale Sicht (Milli Görüş) und die damit verbundene Bewegung der Gerechten Ordnung (Adil Düzen) unter der Führung von Necmettin Erbakan glaubte, dass die Türkei zu sehr vom Westen abhängig sei und man dies ändern müsse. Laut Erbakan brachte die Westorientierung dem Land nichts Gutes. Er hatte die erklärte Absicht, das Land anstatt nach Westen in Richtung des Islams zu führen. Er wollte eine islamische NATO und islamische Vereinte Nationen gründen sowie eine gemeinsame islamische Währung einführen (vgl. Coşkun 2008: 34).

Die islamische, extrem konservative Zeitung Milli-Gazete schlug als Alternative zur EU-Mitgliedschaft eine Führungsrolle der Türkei unter den islamischen Staaten mit dem Titel „Zurück zu unseren Wurzeln“ vor (vgl. Kızılyaprak 2010).

### **9.2.3. Westlicher Imperialismus**

Die linken Gruppierungen kritisierten das Ankara-Abkommen mit dem Slogan „Wir sind der Markt, sie profitieren“ (vgl., ebd.). Erol Manisalı, der nationallinke Wirtschaftsprofessor und Kolumnist der Zeitung Cumhuriyet, die das EU-Projekt ebenfalls ablehnt, ist einer der Globalisierungskritiker. In seinen Kolumnen schreibt er wöchentlich über den „westlichen Imperialismus“ und das „Großkapital“, das die Türkei in das „Wartezimmer der EU“ einsperren wolle, damit sie dort langsam zugrundegehe. Im Großen und Ganzen gehe es im EU-Projekt nur darum, den Friedensvertrag von Lausanne (1923), durch den die Gründung der Republik Türkei erst ermöglicht wurde, mit dem Diktatfrieden von Sevres zu ersetzen. Die Türkei habe erst Zypern aus der Hand gegeben, nun stünden „die Pläne der Armenier an, eine Autonomie für den Südosten der Türkei und Umwandlung des ökumenischen Patriarchats in einen orthodoxen Vatikan“ (vgl. Hermann 2010).

### **9.2.4. Gemäßigte Stimmen in der türkischen Öffentlichkeit**

Die Europäische Union zeigt für viele türkische Kommentatoren keine deutliche Bereitschaft, die Türkei als Mitglied in die EU aufzunehmen. Viele meinen, dass bei einer nüchternen Betrachtung des Verhandlungsrahmens die Besonderheiten des türkischen Beitrittsprozesses erkennbar würden.

---

Für den Intellektuellen Ali Bayramoğlu wird über dem Verhandlungsprozess unablässig das Schwert des Damokles schweben. Da man ständig mit neuen Hindernissen und einem Stocken der Verhandlungen rechnen müsse, würden die Debatten mit der Türkei nicht nur sehr lange dauern, sondern auch sehr mühevoll ablaufen. Den langen Verhandlungszeitraum betrachtet man in der Türkei nicht als das eigentliche Problem. Vielmehr wird befürchtet, dass das Land trotz des erfolgreichen Umsetzens der Mitgliedschaftskriterien kein EU-Vollmitglied werden könne. Ministerpräsident Erdoğan erklärte zu verschiedenen Gelegenheiten mehrfach, dass er und seine Regierung beharrlich am eingeschlagenen Reformkurs festhalten wollten, gleichgültig wie die Europäische Union ihre Entscheidung fälle. Gleichzeitig forderte er die EU auf, eine mutige Entscheidung zu treffen. Sie solle sich entweder für eine Rolle als globaler Akteur oder für einen „Christenclub“ entscheiden, erklärte Erdoğan (vgl., ebd.).

Derzeit sieht es so aus, als würden die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU in der Zukunft noch langsamer wachsen. Bis heute hat keine Partei außer der AKP den Versuch gestartet, in die EU aufgenommen zu werden. Die AKP unternahm dieses „EU-Projekt“ nicht aus Überzeugung, sondern um ihre Existenz zu wahren. Das bedeutet nicht, dass die AKP von heute auf morgen zum EU-Gegner wird, jedoch wird sie gegenüber der EU-Gegnerschaft der anderen Parteien nicht mehr desinteressiert bleiben können. Denn die AKP kann ihrer Wählerschaft die Sonderkonditionen nicht mehr vermitteln, die allein der Türkei auferlegt werden. Der Türkei steht in den Beziehungen zur EU eine negative Phase bevor (vgl. Kadioğlu 2010).

### **Ergebnis und Bewertung**

Zusammenfassend ist zu sagen: Ob die EU die Türkei aufnehmen will oder nicht, darauf gibt Brüssel zurzeit keine klare Antwort. Aber auch die Türkei hat an EU-Euphorie eingebüßt. Dabei sehen beide Seiten klare sicherheitspolitische, wirtschaftliche und soziale Vorteile in einem EU-Beitritt der Türkei.

Die EU hat mehrere Vorbehalte gegen einen Beitritt der Türkei. Die geopolitische Lage der Türkei wird mit gemischten Gefühlen betrachtet. Während die einen von einer Brückenfunktion zur muslimischen Welt sprechen, warnen andere vor den zahlreichen Konflikten in den Nachbarstaaten des Landes.

Wirtschaftliche und damit einhergehende soziale Überlegungen stellen einen weiteren wichtigen Punkt gegen einen Beitritt der Türkei in die EU dar: Die Türkei ist ein großes, bevölkerungsreiches Land. Neben Reichtum gibt es in der Türkei auch sehr viel Armut. Die Angst der Europäer vor einer arbeitsbedingten Völkerwanderung ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Aber man hat auch Angst davor, dass man der Türkei mehrere Milliarden Euro an Agrarsubventionen und Strukturhilfen transferieren muss. Die wirtschaftlichen Bedenken scheinen dabei am wenigsten haltbar: Die Türkei verzeichnet ein stetiges Wirtschaftswachstum und ist durch die Zollunion schon sehr weit in die EU integriert.

Am meisten Probleme bereiten den Türken die Einhaltung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte in ihrem Land. Einige Kopenhagener Kriterien wurden seitens der Türkei noch nicht erfüllt. Die Pressefreiheit ist weiterhin beschränkt. Neben mehr Meinungsfreiheit fordert die Kommission auch mehr Rechte für Frauen, Kinder, Gewerkschaften und Christen im Land. Laut der Fortschrittsberichte wird auch die mangelnde Religionsfreiheit der Christen kritisiert. Jedoch ist die Religionsfreiheit laut der türkischen Verfassung schon aufgrund des Laizismus-Prinzips gewährleistet. Sowohl Moslems, Christen als auch Juden dürfen ihre Religion zu Hause und in ihren Gotteshäusern frei ausleben.

Durch außen- und innenpolitische Probleme kam es in der Türkei zu einem Reformstau. Die EU erwartet eine Wiederbelebung der institutionellen Reformen. Der Einfluss der Armee auf das politische Leben in der Türkei wird auch stark kritisiert. Die Türkei soll das Militär endlich politisch in die Schranken weisen. Die Armee mischt sich nach freiem Willen jederzeit in die Politik ein, sobald sie den Laizismus als gefährdet ansieht. Das Militär betrachtet sich seit jeher als Schützer der Verfassung und des Laizismus in der Türkei.

Die Anerkennung Zyperns stellt einen weiteren Knackpunkt dar. Die Türkei erkennt bisher nur den türkischen Teil Zyperns an. Die EU hingegen erkennt nur Südzypern an und nicht das den Türken gehörende Nordzypern. Die Türken haben den Annanplan in einem Referendum anerkannt. Die Südzyprioten lehnten diesen Plan jedoch ab. Der Annanplan versprach die Aufhebung des wirtschaftlichen Embargos gegen Nordzypern. Obwohl die Türkei diesem Plan zustimmte, sind die wirtschaftlichen Embargos gegen Nordzypern seitens der EU noch immer nicht aufgehoben worden. Dies betrifft vor allem die Öffnung von Häfen und Flughäfen. Nach wie vor weigert sich die Türkei, ihre Häfen für Schiffe aus der zur EU gehörenden griechischen Republik Zypern zu öffnen, solange die EU ihr Handelsembargo gegen den türkischen Inselteil nicht lockert.

Europäische Beitrittsgegner, die die Türkei kulturell und geografisch ausgrenzen wollen, vertreten die am wenigsten überzeugenden Argumente. Die Frage danach, ob die EU Erweiterung zu einer Identitätserweiterung oder einem Identitätsbruch führt, ist eine Frage des politischen Willens. Die Identität der Europäer ist immer auch ein Selbstentwurf. Der genaue Blick auf die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei lässt eine Kontinuität erkennen, die durchaus für einen Beitritt spricht. Die Ressentiments gegenüber der Türkei sind weder kulturell noch historisch haltbar. Ihr politischer Einfluss ist dennoch nicht zu unterschätzen.

### Literaturverzeichnis

- Bora, T. (2008). Der bleierne Ruß über dem Abendlande. Das negative Bild vom Westen im Denken der türkischen Konservativen. In: Atac, İ./Küçük, B./Sener, U. (Hrsg.), *Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung*, Münster: Unknown publisher (50-80).
- Botschaft der Republik Türkei (2007). Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft der Türkei für die EU. Online: <http://www.tcberlinbe.de/de/eu/beitrage-treu.htm> [abgerufen am: 12 Februar 2010].
- C.A.P (2007). Eine gemeinsame Energiepolitik für Europa – Chancen und Herausforderungen. Online: <http://www.europaunion.de/fileadmin/fileseud/PDFDateienEUD/EUDAGenergie/CAP2007DSFEnergie.pdf> [abgerufen am: 10 Oktober 2009].
- Coşkun, B. D. (2008). Republikaner versus Demokraten? Zur politischen Entwicklung in der Türkei. *Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik* 62(1): 31-40.
- Çeçen, A. (1998). *Kemalizm*. Istanbul: Çağdaş Yayınları.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2004). Türkei-Beitritt: Pro und Kontra. Online: <http://www.faz.net/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1Doc~E8383C8F3D01143A19FF2C1286BA8C51D~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [abgerufen am: 14 November 2009].
- Goulard, S. (2006). *EU-Türkei. Eine Zwangsheirat? Wenn die Mittel fehlen*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Güngör, B. (2004). *Die Angst der Deutschen vor den Türken und ihrem Beitritt zur EU. Wie demokratisch ist der Islam?*. München: Heinrich Hugendubel Verlag.
- Güsten, S./Seibert, T. (2007). *Was stimmt? Türkei. Die wichtigsten Antworten*. Freiburg: Herder Verlag.
- Hermann, R. (2004). Das Ende des türkischen Staats, Online: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479EE76479E9E76425072B196> [abgerufen am: 13 Februar 2010].
- Kadioğlu, A. (2006). Erdogan-Regierung unter Faschismusverdacht, Online: <http://kleinasien.blogg.de/index.php?tag=10&monat=7&jahr=2006> [abgerufen am: 16 Februar 2010].
- Keskin, H. (2006). Die deutsch-türkische Debatte über den EU- Beitritt der Türkei. In: Siegfried, F./Öcal, M. (Hrsg.): *Europa und die Türkei*, Schwalbach: Wochenschau Verlag (69-95).
- Keskin, H. (2005). Warum die Türkei die Gemeinschaft bereichern würde. In: König, H./Sicking, M. (Hrsg.): *Gehört die Türkei zu Europa?*, Bielefeld: Transcript Verlag (63-81).
- Kızılyaprak, Z. A. (2004). Der EU-Beitritt in der türkischen Diskussion. Online: [http://www.bpb.de/themen/HRLQQW,0,Der\\_EU\\_Beitritt\\_in\\_der\\_t%FCrkischen\\_Diskussion.html](http://www.bpb.de/themen/HRLQQW,0,Der_EU_Beitritt_in_der_t%FCrkischen_Diskussion.html) [abgerufen am: 12 Juli 2010].
- König, H./Sicking, M. (2005). Staat einer Einleitung: Gehört die Türkei zu Europa? – Konturen einer Diskussion. In: König, H./Sicking, M. (Hrsg.): *Gehört die Türkei zur Europa?*, Bielefeld: Transcript Verlag (9-29).

- Leggewie, C. (2004). Die Türkei in die Europäische Union? Zu den Positionen einer Debatte. In: Leggewie, C. (Hrsg.): *Die Türkei und Europa*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (11-18).
- Martin, W. (2000). Die Türkei vor den Toren Europas: Die Wirtschaft der Türkei. *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*, 50 (1): 42-50.
- Öcal, M. (2006). Außen- und Sicherheitspolitik. In: Frech, S./Öcal, M. (Hrsg.): *Europa und die Türkei*, Schwalbach: Wochenschau Verlag (239-269).
- Özertan, N. S. (1990). *Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts. Unter besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei*. Münster: Lit Verlag.
- Pamir, N. (2001). Energie Politik im kaspischen Raum. Europäische und amerikanische Konzeption. In: Rill, B./Şen, F. (Hrsg.), *Kaukasus, Mittelasien, Nahost - gemeinsame Interessen von EU und Türkei*, München: Hanns-Seidel-Stiftung eV (27-45).
- Reinhard, W. (2004). Nicht Geschichte, nicht Geografie. Online: [http://www.welt.de/print-welt/article311099/Nicht\\_Geschichte\\_nicht\\_Geografie.html](http://www.welt.de/print-welt/article311099/Nicht_Geschichte_nicht_Geografie.html) [abgerufen am: 13 Oktober 2009].
- Schönbohm, W. E. (2006). Eine Debatte über das Selbstverständnis. Online: [http://www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiOnline/tuerkei/Tuerkei\\_gesamt.pdf](http://www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiOnline/tuerkei/Tuerkei_gesamt.pdf) [abgerufen am: 13 Februar 2010].
- Sieck, A./Rüdiger, J. (2005). *Neues Grosses Europa Handbuch. Aktuell mit umfassendem Länderlexikon und allen wichtigen Daten und Informationen zur Europäischen Union. Die Türkei und der Islam*. München: Compact Verlag.
- Seeber, R./Mast, F. (2006). EU-Mitglied Türkei?. In: Katsikaris, A (Hrsg.): *Türkei-Europa*, Essen: Magnus Verlag (192-204).
- Stratenschulte, E. D. (2007). *Europa, Ein Überblick*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- SLP (2004). Türkei und EU. Online: <http://www.slp.at/index.php/artikel+M5c2d49f84f2/> [abgerufen am: 14 Januar 2010].
- Spengler, F./Tröndle, D. (2005). Es war noch nicht der letzte Tango. Wie türkische Medien die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen kommentieren. Online: <http://www.Die-tagespost.de/archiv/titelanzeige.asp?ID=17857> [abgerufen am: 18 Februar 2010].
- Wehler, H.U. (2005). Der Türkei-Beitritt zerstört die Europäische Union. In: König, H./Sicking, M. (Hrsg.): *Gehört die Türkei zur Europa?*, Bielefeld: Transcript Verlag (47-63).
- Witzens, U. (2004). *Aufnahme oder Ausgrenzung? Gehört die Türkei zu Europa?*. Köln: Önel Verlag.
- Zapf, U. (2006). Meine Türkei. In: Katsikaris, A. (Hrsg.): *Türkei-Europa*, Essen: Magnus Verlag (182-192).
- Zlepko, D. (2009). Die Türkei und die Ukraine – zwei Länder auf dem Weg in die EU?. *Politische Studien, Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen* 60(1): 113-127.

#### EXTENDED ABSTRACT

**Aim and Scope:** The European Union and Turkey relations in the historical process has followed a fluctuating course. High level of development in Europe, their superiority in technology, science and human rights are important indicators make Europe attractive. Because of the desire to achieve these indicators, Turkey has made an endeavor to Europeanization since approximately 150 years. But relations with the European Union and Turkey followed by a variable and fluctuating in general. Many more opinions are declared on Turkey's possible participation in European Union both within Turkey and outside Turkey. The purpose of this article is to examine the arguments of those who are against Turkey's European Union membership and supporters. While the supporters of Turkey's European Union membership consider the membership process as a great opportunity with many advantages, antagonists of the membership process argue that the extension capacity of the European Union has been exceeded.

**Methods:** In the study, literature search was used as a research method. By referring to scientific studies in Turkish, German and English languages, theses of those who support Turkey's EU accession process and was carried out against the comparative method.

---

**Findings:** The literature on the result, as Turkey is supporting the EU accession, which is pretty much the opposite.

**Conclusion:** The European Union does not have a clear vision about accepting Turkey into the Union. with the participation of both the European Union and Turkey to the European Union as well as Turkey's economic, social and related benefits will be able to achieve security. However, some important arguments of those who are against Turkey in the European Union are as follows: Turkey's growing population, being the border with the crisis regions, an excess of poor population ratio, reforms relating to the human rights and democratic principles, due to developments such as the fulfillment of the Copenhagen criteria, Turkey's accession to the they are opposed.

Due to the geopolitical position of Turkey sees as a bridge between east and west in the EU accession are supported. They can prove that the EU is not a Christian club by accepting a country with a different religious structure.